L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 3. Sitzung.
---
3. Sitzungsperiode 1932.

Stenographischer Bericht

über die am Montag, den 4.Juli 1932 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung (10 Uhr 15 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Regierungsrat Steng, als Vertreter des Regierungskommissars für Finanzen.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Blügel (Z)-Neunkirchen; Gladel (Z)-Felsberg; Braun (SP)-Saarbrücken.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor .Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Abänderung der Zivilprozeßordnung;

2) Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen der Hypothekenbanken;

3) Einbehaltung von Waren;

4) Erhebung indirekter Steuern.

-

Es wird vorgeschlagen, die

Vorlage	1	in	die	8. Kommission,
"	2	"	"	3.und 5.Kommission,
"	3	"	"	3.Kommission

zu verweisen. - Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Zur

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 111 A4

Zur Erledigung käme denn heute Punkt 4 der Tagesordnung betreffend:

Erhebung indirekter Steuern.

g. Hey(KP) zur Geschäftsordnung: Die Kommunistische Fraktion beantragt angesichts der Tatsache, daß man hier durch die Erhebung indirekter Steuern einen neuen Schlag gegen die werktätige Bevölkerung und Mittelständler führt, daß bei dieser Beratung hier im Hause die Minister Knox, Koßmann und der Finanzminister Morize anwesend sind. Wir beantragen weiter, daß über diesen Antrag abgestimmt wird.

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

g.Petri(SP): Die Regierungskommission legt uns hier plötzlich und überraschend einen Steuerentwurf vor und fordert mit telegraphischer Einladung das Gutachten des Landesrates. Wir haben gegen eine solche Vorlage Bedenken und verlangen, daß eine längere Beratung erfolgen muß. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch diese Vorlage der Kommission überwiesen werden muß.

rsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

taatskommissar Kuchenbecker: Ein persönliches Erscheinen der Minister kann nicht erfolgen.
Betr. der Vorlage verweise ich auf die Begründung derselben, aus der Sie entnehmen können, daß in den Nachbarländern erheblich höhere Steuersätze gelten. Bei Tabak und Bier macht die Steuer noch nicht einen Pfennig aus.

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sommer!

g. Sommer(KP)zur Geschäftsordnung! Die Kommunistische Fraktion beantragt, daß der Staatskommissar als Vertreter der Regierungskommission Aufschluß gibt über den Abschluß der Konferenz von Lausanne.

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

g. Becker(Z): Ich möchte den Sozialdemokraten sagen, daß es bei der werktätigen Bevölkerung draußen einen besseren Eindruck macht, wenn der Landesrat die Vorlage ohne besondere Kommissionsberatung ablehnt.

rsitzender: Alle übrigen Parteien waren in der Vorbesprechung der Meinung, daß die Vorlage ohne Kommissionsberatung erledigt wird. Ich schlage vor, daß wir in die Erledigung des Punktes eintreten.
Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

g. Lorenz (KP): Wir sind der Auffassung, daß die Vorlagen unter 1, 2 und 3 der Kommission überwiesen werden.
Zu Punkt 4 wünschen wir eine Generaldebatte, weil wir uns sagen, in der Kommissionssitzung haben die Zuhörer nicht die Gelegenheit der Debatte zuzuhören. Wir sind für die Beratung im Plenum, damit jede Partei ihre Meinung sagen kann.

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

bg. Schmelzer(DSV): Ich bin der Meinung, daß die ganze Vorlage bereits schon in Druck gegeben ist,sodaß die Beratung des Landesrates nur eine Formalität darstellt. Ich habe in einer der letzten Sitzungen gesagt, daß der Landesrat innerhalb 24 Stunden zusammen zu berufen ist, damit ist aber nicht gesagt, daß innerhalb 24 Stunden eine so weitgehende Vorlage verabschiedet werden kann. Ich muß der Regierungskommission sagen, daß wir das nicht als eine Befragung des Landesrates ansehen. Wir schließen uns dem Antrag der Zentrumsfraktion an, über die Vorlage zu debattieren,da eine Kommissionsberatung überflüssig ist.

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

bg. Lieser (SP): Wir sind dafür, daß im Plenum eine Aussprache der Parteien über die Vorlage stattfindet, daß aber vorher die Vorlage von der Kommission beraten wird.

orsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

taatskommissar Kuchenbecker: Durch die Dringlichkeit der Vorlage und um einer Vorversorgung vorzubeugen, sind Maßnahmen getroffen worden, die Drucklegung zu beschleunigen. Selbstverständlich wird die Regierungskommission zuerst das Gutachten des Landesrates berücksichtigen und dann erst die Verordnung erlassen.

orsitzender: Ich lasse dann darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß die Vorlage heute im Plenum behandelt wird, möge die rechte Hand erheben.
Ich stelle fest, daß das Haus gegen zwei Stimmen dafür ist.
Wir treten somit in die Beratung der Vorlage ein.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

g.Becker (Z): Meine Damen und Herren! Als wir heute vor 14 Tagem hier Steuervorlagen beraten haben,hat wohl keiner von uns geahnt,daß wir so schnell wieder zusammentreten müßten um erneut über Steuererhöhungen zu beraten.

Wir haben vor 2 Jahren bereits und vor einem Jahr die Wirtschaftskrise und das Gespenst der Arbeitslosigkeit über das Saargebiet heraufziehen sehen und wir haben damals wiederholt versucht,mit der Regierungskommission in Fühlung zu kommen. Wir haben von der Regierungskommission Maßnahmen verlangt,die geeignet erschienen,schwere Nachteile von dem Saargebiet abzuhalten. Wir hatten aber den Eindruck von der Regierungskommission,daß sie im Gegensatz zu uns die Schwere der Krise in keiner Weise erkannt hatte,und daß sie mit einem geradezu beneidenswerten Optimismus die ganze Lage ansah und infolgedessen auch nicht rechtzeitig den Mut und die Kraft fand zu irgendwelchen Maßnahmen.

(Zuruf des Abg.Hey (KP): Hätten die Steueren sollen eher kommen?

Das wäre nicht nötig gewesen,man hätte sie vielleicht vermeiden können,wenn man rechtzeitig vorgegangen wäre.

Die heutige Steuererhöhung ist notwendig,infolge der Saarkrise. Was ist die Saarkrise? Sie ist ein Teil der Weltkrise und diese ist eingestandermaßen mit auf den Reparationswahnsinn Frankreichs zurückzuführen.

Zweitens ist die Steuererhöhung notwendig infolge einer französischen Maßnahme und zwar infolge der französischen Kontingentierungspolitik.

(Zuruf des Abg.Hey: Durch das Vorgehen der Regierung Brüning - Papen sind sie notwendig.Die hat den besten Beweis geliefert,wie Vorlagen gemacht werden.Einen nationalistischen Schwindel werden wir nicht dulden.)

Unruhe im Hause.

g.Becker fortfahrend: Die französische Kontingentierungspolitik und die französischen Zollerhöhungen wirken zum Teil prohibitiv.Es ist selbstverständlich,daß die Zolleinnahmen zurückgehen und daß Zolleinnahmen für das Saargebiet auch ausfallen und neue Steuern für die ausgefallenen Zolleinnahmen notwendig werden. In der Saarregierung sieht man alles zu sehr durch die französische Brille an. Man ist geneigt,die ganze Saarwirtschaft so zu behandeln,wie man das Innere Frankreichs behandelt. Ich habe noch vor kurzem an anderer Stelle auf die Äußerungen des verantwortlichen Vertreters für Handel und Gewerbe hingewiesen. Die hat er zwar in einem ganz anderen Zusammenhang getan,aber seine Äußerungen beleuchten die Zustände im Saargebiet. Die Leute können sich von ihrer französischen Auffassung nicht freimachen. Sie können das Saargebiet nur durch die französische Brille betrachten und es ist ihnen scheinbar gänzlich unmöglich,das Problem Saargebiet vom Standpunkt Europas und der Welt anzusehen. Daß sie das Problem vom deutschen Standpunkt betrachten,verlangen wir nicht einmal von ihnen. Es sind ja auch nicht die ersten besten Leute, die Frankreich hierhergeschickt hat. Wahrscheinlich sind ein

<u>großer</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 I

großer Teil von ihnen sehr intelligente Menschen,aber wir sehen an dieser Denkschrift,an dieser Vorlage,wohin es führt, wenn man das ganze Problem so einseitig betrachtet.Einen ähnlichen Zusammenbruch,wie diese Vorlage Ihnen offenbar macht,hat es nur noch in Deutschland gegeben,aber dort verursacht durch den engen Nationalismus Frankreichs,der mit seinen verschiedenen Dawes und Young-Plänen Deutschland in den Abgrund getrieben hat.Ich habe vor 14 Tagen schon darauf hingewiesen,daß eine gründliche Änderung des Systems notwendig geworden ist und stattfinden muß.Ich habe auch darauf aufmerksam gemacht,daß es falsch war,den Gemeinden Umsatzsteueranteile zuzuteilen,und daß es besser gewesen wäre,das alte System der Selbstverwaltung und Deckung der Steuern durch Zuschläge beizubehalten.Man hätte bei diesem System natürlich den Gemeinden diejenigen Lasten abnehmen müssen,die insbesondere durch die Arbeitslosigkeit verursacht werden.Die Gemeinden werden bekanntlich durch die Arbeitslosigkeit ganz verschieden betroffen,die eine mehr,die andere weniger.Es genügt in diesem Falle keine Steuererhöhung,sondern nötig und besser ist eine Steuerreform.Die Vorlage von heute beweist auch,wie notwendig ein Zusammenarbeiten der Regierungskommission mit der Volksvertretung und mit dem Landesrat gewesen wäre.Diesen Bankrott hätte die Regierungskommission sich bei besserem Zusammenarbeiten mit dem Landesrat ersparen können.Es liegt mir ferne,die neuen oder alle Regierungsmitglieder mit dafür verantwortlich zu machen.Zum Teil sind sie erst vor kurzer Zeit ins Saargebiet gekommen.Aber eins hätte ich gewünscht,und das ist,daß Herr Wilton dieses Debacle miterlebt hätte.Sein Urteil über die Gemeinden wäre gewiß anders ausgefallen,als es der Fall war.

(Zuruf aus der kommunistischen Fraktion: Der ist bei Brüning in die Schule gegangen!)

Ich weiß,daß mir nachher wieder mitgeteilt wird,daß gewisse Regierungsmitglieder durch meine Ausführungen verletzt worden seien,und daß sie vielleicht sogar meine Ausführungen als unsachlich bezeichnen werden.Wir brauchten sicher nicht so scharfe Töne anzuschlagen,wenn man uns rechtzeitig zur Mitarbeit herangezogen hätte.Wir hätten gerne das Opfer gebracht, einen Teil der Verantwortung zu übernehmen.

(Zurufe: Sehr gut! bei den Kommunisten)

Jawohl,wir sind eine Partei,die noch Verantwortungsgefühl hat.

(Zurufe der Kommunisten: Verantwortungslos der Bevölkerung gegenüber.)

In der Besprechung der Fraktionsführer mit der Regierungskommission ist schon darauf hingewiesen worden,daß wir doch einmal ein Programm haben müßten.Wir verlangen ein Programm nicht nur für die Steuerreform und den Finanzausgleich zwischen Regierungskommission und Gemeinden,wir verlangen darüber hinaus ein allgemeines Programm über die Regierungstätigkeit ein Programm,wie die Regierungskommission die Wohlfahrt des Landes wieder heben und das Saargebiet durch die Weltkrise hindurchzuführen beabsichtigt.Es ist nicht angängig, daß untergeordnete Beamte der Regierungskommission,die nicht die Fähigkeit haben,die Zusammenhänge zu übersehen,von sich aus alle möglichen Verbesserungsvorschläge,die von großen Wirtschaftsorganisationen und sogar vom Landesrat gemacht werden,

einfach

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

einfach ablehnen oder sie überhaupt nicht an die Regierungskommission weiterleiten. Neben diesem Gesamtprogramm muß natürlich ein Steuerprogramm gefordert werden. Das bedeutet eine vollständige Neuaufstellung des Haushaltplanes für 1932. Wie in früheren Jahren, ist uns auch in diesem Jahre der Haushaltplan wieder zugegangen mit dem Aufdruck: "Beschluß der Regierungskommission vom 21.3.1932."

Wir haben immer wieder dagegen Einspruch erhoben, daß man uns den Haushaltplan als fertigen Beschluß überweist und nicht als Entwurf. Wir haben diesen Protest so oft erneuert, daß ich darauf verzichten könnte, ihn überhaupt wieder vorzutragen. Aber ich sehe mich veranlaßt, mit Rücksicht auf die neuen Regierungsmitglieder, den Protest zu wiederholen und ihn auch zu begründen.

Im Saargebiet sind die alten Gesetze der Vorkriegszeit laut dem Saarstatut in Kraft geblieben. Nach den früheren Gesetzen unterlag der Haushaltplan der Zustimmung des Landtags und des Reichstags, und an dessen Stelle ist nun heute der Landesrat getreten und infolgedessen darf uns die Regierungskommission höchstens einen Entwurf für den Haushaltplan überreichen und nicht einen fertigen Entschluß. Wenn die Regierungskommission bereit sein sollte mit uns über eine Neuaufstellung des Haushaltplanes zu beraten- der ganze Haushaltplan ist ja illusorisch geworden, das gibt sie selbst mit dieser Denkschrift zu - dann können wir eine Reihe von Einsparungsmöglichkeiten nachweisen.

Angedeutet sei grundsätzlich folgendes:

Es läßt sich sicher eine Senkung der hohen Autounkosten ermöglichen, es wäre auch zu prüfen, welche höheren Beamten doppelte Gehälter beziehen, z.B. durch Teilnahme an den Sitzungen des Oberverwaltungsgerichtes, des Steuersenats und ähnlicher Einrichtungen.

Ferner müßten folgende Ausgaben gestrichen werden: Die unnötigen Ausgaben für die Erteilung des fakultativen französischen Unterrichts.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Nicht zu vergessen die Gehälter der französischen katholischen Geistlichen!)

Wir haben nichts dagegen, die würden wir auch noch mitbezahlen.

Es muß weiter nachgeprüft werden, ob nicht eine Erhöhung des Beitrages der französischen Bergwerksdirektion zu den Haushaltkosten des Saargebietes angebracht und notwendig ist.

(Zuruf vom Zentrum: Sehr richtig!)

Sie wissen, daß dieser Beitrag festgesetzt werden soll nach den Verhältnissen des Vermögens der Grubenverwaltung zum Gesamtvermögen des Saargebietes.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Da brauchen Sie nur unseren Anträgen zuzustimmen.)

Ich glaube nicht, daß Sie jemals schon dieserhalb Anträge gestellt haben.

Sie wissen, daß man das Vermögen des Saargebietes künstlich erhöhte, dadurch, daß man die Arbeitskraft der Bevölkerung kapitalisiert hat. Man müßte nun konsequenterweise auch die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung kapitalisieren und diese Summe an dem Vermögen des Saargebietes abziehen. Das Ergebnis wird sich dann zwar zu

<u>Ungunsten</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

Ungunsten des Vermögens des Saargebietes verschieben, aber anderseits würde sich der Beitrag der französischen Grubenverwaltung stark erhöhen.
Noch vor 14 Tagen habe ich einen Antrag eingebracht, daß uns die Position Zolleinnahmen im Haushaltplan zergliedert wird, und daß man uns Auskunft über diese Positionen geben möge. Ich habe bei der Gelegenheit eine besondere Anfrage überreicht. Bedauerlicherweise ist diesem Antrag immer noch nicht Folge geleistet worden. Ich habe erfahren, daß man entgegen den tatsächlichen Verhältnissen unter den Zöllen im Haushaltplan nicht nur die Einfuhrumsatzsteuer, sondern auch noch die Kolonialwarensteuer und Mineralölsteuer ausgewiesen hat. Wir haben wiederholt schon auf diese Unklarheit hingewiesen und nachdem diese Unklarheit nicht beseitigt ist, müssen wir annehmen, daß man sie mit Absicht in den Haushaltplan hineingebracht hat. Ich stelle die Frage an den Herrn Staatskommissar: Hat man es nötig, hier etwas zu verbergen ? Ich mache dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß für den Haushaltplan nicht nur der Finanzminister des Saargebietes verantwortlich ist, und wenn dieser keine Aufklärung geben will, verlangen wir Aufklärung von der gesamten Regierungskommission. Durch ihren Beschluß vom 21.3.1932 hat die gesamte Regierungskommission ausdrücklich die Verantwortung für den Haushaltplan übernommen. Ich hoffe, daß dieses Wort in dieser ernsten Zeit und ernsten Lage genügen wird, um endlich Klarheit, auf welche die Bevölkerung ein Anrecht hat, zu schaffen.

Warum hat man überhaupt die Erhebung der Kolonialwarensteuer und der Mineralölsteuer dem französischen Zoll übertragen ? Ich frage den Herrn Staatskommissar, welche Maßnahmen sind getroffen worden, um die Einnahmen hier sicherzustellen? Es ist früher schon einmal mitgeteilt worden, daß die Erhebungskosten der französischen Zollverwaltung 36 % betragen würden. Trotz unserer Anfragen haben wir neuere Zahlen nicht erhalten, aber ich habe gelegentlich von 25 - 30 % gehört, die heute noch berechnet werden sollen. Sollte das zutreffen - das ist ein außerordentlich hoher, sicher übersetzter Satz - so wird die Kolonialwaren- und Mineralölsteuer auch um diesen Prozentsatz ermäßigt und verkürzt.

Gemäß Etat des Saargebietes betragen die Ausgaben der indirekten Steuern nur 4,7 Millionen Franken. Demgegenüber stehen 83,51 Millionen Einnahmen, das sind 5,63 % Erhebungskosten. Wenn nun diese Steuern statt von der französischen Zollverwaltung von der Steuerverwaltung des Saargebietes selbst erhoben würden, würde die Erhebung keine 5 % kosten. Schon aus diesem Grunde müßten die genannten Steuern vom Saargebiet selbst erhoben werden.

Es kommen noch andere schwerwiegende Gründe dazu, die es erforderlich machen, daß diese Steuern unbedingt vom Saargebiet und nicht von der französischen Zollverwaltung erhoben werden. Diese Waren gelangen ja zum allerkleinsten Teile über die Saarzollgrenze zu uns. Ich glaube, daß da ein Eingang überhaupt nicht besteht. Zum größten Teil gehen diese Produkte uns durch französische Häfen zu. Bisher war es so, daß die Abgaben, die für das Saargebiet erhoben werden, niedriger waren als die Abgaben für Frankreich. Da hatten die Verbraucher ein Interesse daran, daß die Waren ausdrücklich als zum Verbrauch für das Saargebiet bestimmt deklariert wurden, und trotzdem dieses Verbraucherinteresse bestand, sind dem Saargebiet wiederholt Ausfälle entstanden. Es liegt mir fern zu behaupten, daß das mit Absicht geschehen ist. Aber das bestehende System macht derartige Verwechslungen leicht möglich. Es sind

<u>viele</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1111 A4

viele Behörden, die die Verhältnisse nicht kennen, mit der Vereinnahmung beschäftigt und dadurch sind Fehler sehr leicht möglich. Immerhin bestand bisher ein Ventil darin, daß die Verbraucher ein Interesse an der Überwachung hatten, dadurch, weil die Saargebietesabgaben etwas niedriger waren. Wenn nun durch die Gleichstellung mit den französischen Abgaben dieses Interesse an der Überwachung durch die Verbraucher selbst wegfällt, so muß leider befürchtet werden, daß durch unbeabsichtigte falsche Buchungen dem Saargebiet ein Ausfall von Millionen entsteht. Wir müssen fordern, daß die Mineralölsteuer durch eigene Beamte der Saarregierung erhoben wird. Es besteht dabei vielleicht die Möglichkeit, Beamte zu verwenden oder vielleicht die Zahl der Arbeitslosen einzuschränken.

Sie werden aus meinen bisherigen Ausführungen schon entnommen haben, wie die Zentrumsfraktion zu den Steuervorlagen steht. Die Regierungskommission mutet uns etwas viel zu. So rasch können wir uns nicht umstellen. Vor 4 Wochen haben wir den Haushaltplan erhalten, da war alles in schönster Ordnung, und nun kommt plötzlich alles ganz anders. Es ist viel schlechter geworden als wir in unseren Warnungen, die wir an die Regierungskommission gerichtet haben, zum Ausdruck brachten. Wir haben nicht das Vertrauen, daß es besser wird, wenn wir der Vorlage zustimmen, im Gegenteil, es besteht die Riesengefahr, daß man bei allen Steuern, die man übersetzt, nicht eine Erhöhung der Einnahmen eintritt, sondern eine Verminderung durch Schrumpfung. Daß Steuererhöhungen nicht das Allheilmittel ist, haben wir zur Genüge in Deutschland erfahren müssen.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Warum hat Brüning das durchgeführt ?)

Sie wissen ja, Brüning hat trotz der größten Not Steuersenkungen vorgenommen, er hat u.a. auch die Biersteuer gesenkt und diese Senkung der Steuer war nötig, um den Steuerbetrag in Deutschland zu erhalten und um die betroffenen Gewerbe nicht zu ruinieren. Der alte Standpunkt der Zentrumspartei ist der, daß indirekte Steuern unsozial wirken, weil sie die breite Masse belasten. Man kann der Zentrumsfraktion auch nicht den Vorwurf machen, daß sie die Tatsache, daß der Landesrat nur eine beratende Instanz ist, jemals ausgenützt hätte. Sie hat in loyaler Mitarbeit mehr als einmal Steuervorschlägen zugestimmt.

Wenn die Zentrumsfraktion die Vorlage ablehnt, so dürfte das eine ganz andere Bedeutung haben, als wenn das von einer Fraktion geschieht, die alles und jedes verneint. Wenn die Regierungskommission aber einen Sanierungsplan aufstellen will in der Richtung, wie ich es eben schon angedeutet habe, so möge sie folgende Winke bei den einzelnen Steuerarten berücksichtigen.

Sie möge bei der Biersteuer folgendes berücksichtigen: Der vorgeschlagene Satz ist zwar wesentlich niedriger als der im Reich in Kraft befindliche Satz. Aber wir wissen alle, daß wir im Reich keine normalen Zustände haben, und wir wissen auch, wer zum Teil für diese Zustände verantwortlich gemacht werden muß. Im Reich sind die Sätze höher. Aber in Zukunft soll bei uns die Biersteuer viermal so hoch sein als in Frankreich. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß nun unsere Saarländer über die Grenze gehen und dort ihr Bier trinken werden, aber es muß auf diese Tatsache hingewiesen werden. Man fordert sonst immer Anpassung an die französischen Gesetze, während das hierbei und auch bei anderen Positionen heute

nicht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

nicht mehr der Fall ist. In der Begründung, welche die Regierungskommission dieser Vorlage beigefügt hat und zwar bei Position 8, hat sie geschrieben: Da der Wein aber im Saargebiet eine andere Rolle spielt als in Frankreich - Wein ist im Saargebiet das Getränk der wohlhabenden Kreise, in Frankreich ist er allgemeines Volksgetränk - erscheint eine steuerliche Heranziehung selbstverständlich berechtigt.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Sie saufen aber nur Sekt und Burgunder.)

Die Regierungskommission hat also Frankreich zugebilligt, daß man den Wein zu hoch besteuern dürfe, aber sie hat erklärt, im Saargebiet kann man das Volksgetränk viermal so hoch belasten als in Frankreich. Wobleibt da die Konsequenz ?

Die Brauer im Saargebiet wehren sich mit Recht gegen die Erklärung der Regierungskommission. Die Malzpreise sind ohne Veränderung des Bierpreises gefallen, aber in den Jahren vorher hat eine ständige Steigerung geherrscht, ohne daß die Steuer verändert wurde. Wenn die Biersteuererhöhung auf die Bevölkerung abgewälzt wird, so wird ein gewaltiger Rückgang des Konsums eintreten. Können wir es verantworten, daß für unsere Bevölkerung in diesem starken Maße das Volksgetränk verteuert wird ? Können wir das verantworten, in dem Augenblick, wo die Metallarbeiterlöhne bis 9 % abgebaut werden ? Wird aber die Steuer ganz oder zum Teil von den Brauereinen getragen, so wird natürlich die Einkommensteuer nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gemeinden einen erheblichen Rückgang erfahren. Der Mehreingang von 5 Millionen aus der Biersteuer scheint uns immerhin sehr fraglich zu sein.

Auch die Erhöhung bei der Branntweinsteuer ist ziemlich erheblich. Man hat dazu noch neu eingeführt eine Kontrollabgabe von 0,25 Franken für den Liter von verbrauchsabgabefreiem Branntwein. Diese Kontrollabgabe, wie man sie nennt, erhebt man in gleicher Weise von inländischem und ausländischen Sprit. Das ist meines Erachtens gänzlich unberechtigt. Für ausländischen Sprit könnte die Abgabe wesentlich erhöht werden, während sie für den inländischen ganz wegfallen müßte. Unsere Brennereien im Saargebiet werden dadurch ruiniert, daß von französischer Seite Sprit unter dem Selbstkostenpreis abgegeben wird. Deshalb muß die Kontrollabgabe für verbrauchsabgabefreien Sprit, der im Saargebiet erzeugt wird, also den sogenannten denaturierten Spiritus ganz wegfallen, während sie für den ausländischen Spiritus auf 2.- bis 2,50 Franken erhöht werden könnte.

Bezüglich der Kolonialwarensteuer möchte ich darauf hinweisen, daß Herr Heriot bei seinen Finanzierungsvorschlägen Zollerhöhungen für Kaffee vorgeschlagen hat und daß deshalb möglicherweise der Kaffee nicht nur die Abgabe der Regierungskommission erhöht wird, sondern auch noch durch höheren Zoll weiter belastet werden soll. Im übrigen halte ich die Begründung der Regierungskommission, daß der Unterschied zwischen der Steuer des Saargebietes und der Frankreichs dem Verbraucher nicht voll zugute kommt für durchaus unbewiesen.

Im allgemeinen werden im Saargebiet bei Feinkostwaren andere Qualitäten verlangt als in Frankreich, und daß der Wettbewerb im Saargebiet auch schärfer ist als in Frankreich, wird durch die Indexzahlen bewiesen, die niedriger sind sowohl als die Straßburger Zahl als auch die Pariser Indexziffer.

Über die Mineralölsteuer habe ich schon das Nötige gesagt. Öle und Benzin werden ja nicht nur zu Luxuszwecken gebraucht, sondern sind in vieler Beziehung notwendige Ausgaben, durch die für manche Gewerbe die Unkosten wieder er-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

wieder erhöht werden. Manches Gewerbe steht und fällt mit der Tatsache, ob es möglich ist, die Unkosten dem verminderten Geschäftsverkehr anzupassen. Auch hier ist die Begründung, daß sich die geringere Belastung der Leichtöle im Saargebiet gegenüber Frankreich kaum bemerkbar mache, durchaus unrichtig und falsch. Man kann das schon feststellen, wenn man nur nach Forbach fährt.

Bei Spielkarten sollte man über den deutschen Satz von 1.80 Franken nicht hinausgehen. Ich würde der Regierungskommission dies schon deshalb empfehlen, damit es nicht so aussieht, als ob es im Saargebiet schlimmer aussieht wie im armen Deutschland.

Bei der Tabaksteuer hat die Regierungskommission in ihrer Begründung schon darauf hingewiesen, daß eine Abwanderung zu billigeren Preislagen erfolgt sei. Diese Abwanderung ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird weiter gehen und um einen Mehrertrag an Steuern erzielen müßte eine andere Staffelung eintreten. Es wäre zu prüfen, ob diejenigen Länder, die dem Saargebiet für die Großeinfuhr von Tabakwaren keinen Ausgleich durch Übernahme von saarländischen Fabrikaten bieten - ich denke hier an erster Linie an Belgien - in stärkerem Umfang zu den Abgaben herangezogen werden sollten als diejenigen Länder, die ganz große Kunden des Saargebietes sind, z.B. Deutschland.

Beim Wein hat man die Sektsteuer nicht erhöht. Wir hätten schließlich Verständnis dafür gehabt, wenn gerade diese Steuer noch erhöht worden wäre. Aber gerade wir vom Zentrum fühlen uns mit den Winzern an der unteren Saar, an der Mosel und am Rhein so solidarisch, daß wir eine erhöhte Weinsteuer unbedingt ablehnen müssen.

Im übrigen kann ich nochmals auf meine Ausführungen von vor 14 Tagen hinweisen. Hilfe ist dringend erforderlich für die Gemeinden. Nur eine Bereinigung des Gesamtproblems kann uns helfen. Daß die Regierungskommission auf unsere Hilfe dabei rechnen kann und es nicht nötig hat, zu Notverordnungen ihre Zuflucht zu nehmen, beweist am besten die Tatsache, daß wir zur Beratung einer Vorlage, die wir Samstag abend erst erhalten haben, heute hier zusammengetreten sind. Es ist unseres Erachtens auch eine eingehende Kommissionsberatung nicht nötig. Unsere Stellungnahme zu den indirekten Steuern ist eine grundsätzliche und liegt so eindeutig fest, daß wir in der Lage waren, sie ohne weiteres hier vorzutragen.

(Bravo - Rufe des Zentrums!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

bg. Lorenz(KP): Meine Dame und meine Herren! Zunächst einige notwendige Feststellungen und zwar: Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß die bürgerlichen Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten heute früh den Eindruck machten, wie eine Herde Hühner, in die der Blitz eingeschlagen hat.

(Sehr gut ! bei den Kommunisten)

Sie spielen den Überraschten und wollen so tun, als wäre das, was heute zur Begutachtung steht, ohne ihr Zutun ausgeheckt worden. Wenn Herr Becker sagte, wir sind überrascht worden, so sagen wir, wenn der Herr Becker mit dem Führer seiner Fraktion gesprochen hätte, über den Ausgang der Besprechung bei Präsident Knox, dann hätte ihm mitgeteilt werden müssen, daß Knox auf unsere Frage, ob die Papensche Notverordnung im Saargebiet eingeführt werden würde, keine Antwort gegeben hat. Keine Antwort war für uns so viel wie die Antwort, daß eine Gesetzesvorlage, wie wir sie heute begutachten sollen, zu erwarten war.

(Zuruf des Abg. Levacher (Z): Wirklich schlau!)

Mit Ihnen,Herr Levacher, streiten wir nicht über die Schlauheit aus dem einfachen Grunde, weil die Politik der Regierung, die sie stützen, die grenzenloseste Gemeinheit gegen die Arbeiterklasse bewiesen hat.

Eine weitere Frage. Warum haben wir heute die Verhandlung hier verlangt ? Nicht deshalb, weil wir der Auffassung sind, daß, wenn schnell verhandelt wird, die übrigen Parteien in wirklich ernstem Kampfe stehen gegen die Regierungskommission mit ihrer Notverordnungspolitik, sondern wir sehen, wie der Herr Becker, nach den tausendundeinen Entschuldigungsgründen, die er angeführt hat, versucht, der Regierungskommission die Loyalität seiner Fraktion darzulegen und wie er immer wieder versucht, das mit Hilfe seiner Fraktion zu bestätigen,wobei er nur das folgende sagen will: "Regierungskommission, Herr Morize, Präsident Knox, wir sind bereit, das werktätige Volk an der Saar ausplündern zu helfen. Wir sind bereit, uns nur mit Ihnen darüber zu verständigen,in welchem Tempo das geschehen soll." Wir betonen außerdem, daß, wenn wir heute gefordert haben, keine Verweisung der Vorlagen in die Kommission, so deshalb, weil wir uns sagen, das, was die Regierungskommission heute dem Landesrat vorgelegt hat, das sind Forderungen und Wünsche der Parteien von Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten. Desweiteren soll noch festgehalten werden, daß, wenn der Herr Schmelzer bezgl. der Notverordnung heute früh gesagt hat, daß, wenn wir die Versammlung hier verlassen, daß dann die Notverordnung bereits in Druck ist, daß dies seine gute Verbindung kennzeichnet, und sie sich auch bereit erklären, ein solches Tempo der Volksausplünderung mitzumachen. Der Herr Staatskommissar hat in den Kommissionssitzungen, wenn eine Anfrage an ihn gerichtet wurde, erklärt:" Meine Herren, davon weiß ich nichts. Der zuständige Dezernent ist nicht da und die Notverordnungen sind unterzeichnet vom Herrn Präsidenten Knox usw." Daraus schlußfolgernd sind wir der Auffassung, der Präsident Knox ist der zuständige Dezernent und er müßte selbst hier erscheinen. Damit wir als Vertreter der Werktätigen ins Gesicht sagen können, was die Werktätigen von ihm und seiner Regierung halten.

Wir

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

Wir erinnern uns an den angeblichen „Kampf", den die Parteien geführt haben gegen den französischen Finanzminister Morize. Wenn wir heute verlangen, daß er hier sein soll, dann aus dem einfachen Grunde, weil er der zuständige Dezernent für finanzpolitische Fragen ist und er über alles orientiert ist. Wir sind der Auffassung, daß die Situation so zu kennzeichnen ist, daß sie nichts anderes ist wie bisher immer. Die Regierungskommission ruft zur Begutachtung die Kommissionen und den Landesrat zusammen und in Wirklichkeit ist das Gesetz bereits in Druck. Wir müssen darauf hinweisen, daß nicht nur eine neue Steuererhöhung bevorsteht, sondern daß auch ein neuer Lohnabbau vorbereitet ist. Wenn die Regierungskommission in der Begründung sagte, daß sie so schnell gemacht habe, damit keine Vorversorgung stattfinden kann, dazu beweist uns ein Schreiben des Verbandes der Tabakgroßhändler, daß diese Leute besser orientiert sind als die Fraktionen im Landesrat. Daraus ergibt sich, daß diese Notverordnung gemeinsam mit der Großindustrie im Saargebiet ausgeheckt worden ist.

Wir sind der Auffassung, daß, wenn man von notwendigen Steuererhöhungen spricht, man die Anträge, die wir in der ersten Plenarsitzung gestellt haben, nur zu verwirklichen braucht, um die notwendigen Gelder aufzubringen. Man sagte damals allerdings, das sind Agitations-und Propagandaanträge. Man glaubte,damit die Dinge abtun zu können und in Verbindung damit eine chauvinistisch - nationalistische Hetze zu betreiben. Der Herr Becker sagte, der Reparationswahnsinn Frankreichs habe zum Zusammenbruch geführt. Ich gestatte mir,hierzu einige Bemerkungen zu machen. Was ist das Ergebnis der Lausanner Konferenz ?

(Zuruf aus dem Zentrum: Die ist noch nicht zu Ende!)

Wir müssen feststellen, daß jetzt schon sicher ist, daß die Reparationszahlungen unter der Papen-Regierung genau so vor sich gehen wie vorher unter der Brüning-Regierung und der nachfolgenden Hitler-Regierung wird ebenfalls nichts anderes tun, als die Strangulierung des deutschen Volkes weiter zu verschärfen. Niemand wird das abstreiten wollen, was die Saarbrücker Zeitung geschrieben hat, daß die Verschacherung der Reichsbahn kommt, aber nicht das allein, sondern auch der Gas-,Wasser-und Elektrizitätswerke durch Schuldverschreibungen an die BIZ. Allerdings wird man die Zahlungen in Zukunft nicht mehr Reparationszahlungen nennen, sondern "Aufbauarbeiten."

Wie diese Aufbauarbeiten aussehen werden,das kann man ebenfalls heute schon feststellen. Es ist genau so, als wenn Hitler sagt, wir bezahlen nur noch Privatschulden. Dann geht die deutsche Bourgeoisie dazu über und macht Reparationsschulden zu Privatschulden und Adolf Hitler bezahlt Privatschulden und damit Reparationsschulden.

Wir sind der Auffassung, daß,wenn man sagt Dawes, Young und diese Verträge die abgeschlossen worden sind, sind schuld an dem jetzigen Zustand, so muß man dann doch fragen, wer diese Verträge unterschrieben hat. Vor noch nicht zwei Jahren hat man gesagt und geschrieben, der Young-Plan ist eine Erleichterung,ist eine Verbesserung. Ich kann ferner nur daran erinnern, als das Dawes-Gutachten herauskam, als die Dollar-Sonne aufging.

Wenn man die Ausführungen des Herrn Becker richtig verfolgte, so muß man sagen, so wie er sich bei der Besprechung mit der Regierungskommission im Kreise gedreht hat, so dreht sich die kapitalistische Wirtschaft in einem Strudel und die Auswirkungen dieses Strudels, die Auswirkungen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

Auswirkungen dieses Wahnsinns der kapitalistischen Wirtschaft hat niemand anders zu tragen als das werktätige Volk und das Proletariat. Man sagte hier, als der Haushaltplan herauskam, war alles in Ordnung. Wir haben ihn auch durchgesehen, und ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen, was die Zentrumsfraktion des Saargebietes als Ordnung bezeichnet:
480 000 Franken Wohnungsgeldzuschuß an die Mitglieder der Regierungskommission ist Ordnung. Die Abstreichungen im Wohlfahrtsetat für die Erwerbslosen, das ist, nach den Ausführungen des Herrn Becker, auch Ordnung.

Eine weitere Frage, mehr als 1 Million Franken Gehälter für die fünf Mitglieder der Regierungskommission. Wenn man heute sagt und feststellen muß, daß die Tabaksteuer erhöht wird, daß die Kolonialwarensteuer bedeutend erhöht wird, wenn die Mineralölsteuer erhöht wird, wenn außerdem Erhöhung der Salzsteuer eintreten soll, dann ist das nach Herrn Becker Ordnung. Ich habe vor längerer Zeit einen Artikel gelesen in einer Zeitung im Saargebiet, da hieß es, der Herr Präsident Wilton hätte in China Salzsteuer eingetrieben. Der Ministerpräsident Knox sagt hier in dieser Verordnung, daß auch die Salzsteuer hier im Saargebiet kommt, und daß er sie in erhöhtem Maße im Saargebiet eintreiben wird. Wir sind der Auffassung, daß, wenn wir die einzelnen Dinge bewerten, daß die Vorlage sich nicht nur so auswirken wird, daß der Arbeiter, der Kleingewerbetreibende, der Mittelständler, der Handwerker, mehr bezahlen muß, sondern es steht hier weiter die Frage, in welchem Maße wird der Bankrott des werktätigen Mittelstandes durch diese Steuersteigerung beschleunigt. Wenn wir das Beispiel anführen, daß in einem einzigen Ort im Saargebiet innerhalb einer Woche 7 Geschäftsinhaber ihre Läden schließen mußten, wenn wir sehen, daß eine Zwangsversteigerung der anderen folgt, dann kann man unserer Meinung nach nicht einen Eiertanz aufführen und sich mit 1000 Gründen entschuldigen. Wenn man schon einmal nein sagt, soll man auch so konsequent sein und sagen, was man der Regierungskommission an Positivem entgegenstellt. Und wenn wir als Kommunisten nein sagen zu dieser Verordnung, dann geben wir auch gleich die Mittel an, wie diese steuerliche Ausplünderung der Werktätigen vermieden werden kann, und zwar stellen wir als erstes den Antrag:

> "Der Landesrat möge beschließen, daß die Steuerlisten offengelegt werden."

Wenn wir ausrechnen, daß die neuen Steuern etwa 18 Millionen Franken ausmachen und wenn wir hinweisen, daß die heutige Vorlage nicht die einzige ist, sondern daß noch mehr folgen - die Regierungskommission weist darauf hin, daß nicht 19 Millionen fehlen, sondern 35 Millionen - so sagt uns damit die Regierungskommission, in kürzester Zeit wird eine neue Notverordnung kommen, die weitere 16 Millionen fordert, und wenn sie von einem Defizit von mehr als 40 Millionen spricht und daß 48 Millionen aus dem Reservefonds zugewiesen sind, dann sind das Andeutungen der Regierungskommission dahingehend, daß die werktätigen Schichten des Saargebietes damit rechnen müssen, daß etwa 120 Millionen neue Steuern aus ihnen herausgepreßt werden sollen. Wir sind der Auffassung, es kann sich nicht darum handeln, daß wir einfach sagen, wir lehnen die Vorlage ab. Wir haben demgegenüber eine zweite Forderung und diese ist:

> " Die Steuerleistungen der französischen Grubenverwaltung sind um 100 % zu erhöhen."

Der Antrag liegt Ihnen vor.

Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 14 A4

(Zuruf des Abg. Röchling(DSV): Bravo!)

(Zu Dr.Röchling gewandt): Da habt Ihr dagegen gestimmt! Wenn man heute von der Regierungskommission verlangt, ein Programm vorzulegen, und wir führen uns die Sitzung in die Erinnerung zurück, die die Fraktionsführer mit dem Präsidenten hatten, was sagte da der Präsident auf alle Ausführungen, die gemacht wurden ? Er sagte, meine Herren, es herrscht sehr große Not im Saargebiet. Daß große Not herrscht, das wissen wir alle. Auf eine positive Antwort haben wir auch nicht gerechnet als wir zum Präsidenten gingen. Alle anderen Fraktionsführer glaubten, daß er doch etwas anderes sagen würde als die Binsenwahrheit, daß große Not im Saargebiet herrscht.

Eine weitere Forderung von uns ist:

Erhebung einer Sondersteuer auf die großen Einkommen.

Ich glaube, die Mitglieder der Regierungskommission mit einem Jahresgehalt von etwa Frs.380 000 können ruhig 10 % Sondersteuer bezahlen. Wir haben in der ersten Vollversammlung gesagt, man soll ihre Gehälter auf den Satz von Frs.2 500.-im Monat oder 30 000 Franken im Jahr herabsetzen. Diese Sätze werden festgesetzt als Existenzminimum, und wir glauben, daß, wenn die Regierungskommission einem Arbeitslosen zumutet mit Frs.0,50 am Tag auszukommen, so glauben wir, daß, wenn wir ihnen Frs.2 500.-pro Monat bewilligen, dies ein schöner Gehalt ist.

Wie ungeheuer groß die Not im Saargebiet ist, dafür nur ein Beispiel.

Ein Arbeitsloser in Fürstenhausen ist schon seit 11 Jahren nicht mehr in der Familie. Er stellt einen Antrag an die Regierungskommission auf Armenunterstützung. Der Antrag wird jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß sein Vater die Möglichkeit habe, für ihn aufzukommen. Der Vater ist Pensionär, er hat Frs. 400.-Pension, er weigert sich, den Sohn durchzuhalten, nicht deshalb, weil er das nicht will, sondern weil er das nicht kann. Was glauben Sie nun, was man dem Sohn geantwortet hat? Der Sohn soll seinen Vater auf Unterhaltspflicht vor dem Gericht verklagen. Das muß unterstrichen werden, das ist die "gottgewollte Ordnung".

Wir haben in der vorhergehenden Landesratsperiode der Regierungskommission ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt. Aber die berechtigten Forderungen der Kommunisten wurden immer abgelehnt.

Zur Frage der Weinsteuer. Belastet ist immer der kleine Weinbauer. Ich stehe nicht an, trotz der zynischen Bemerkung des Herrn Becker, daß die Arbeiter keinen Sekt und Champagner trinken, der Erhöhung der Steuer für Obstwein die Zustimmung zu versuchen. Es ist schon so, daß man durch die Verordnung niemand anderes belasten will als die werktätige Bevölkerung. Die Begründung der Regierungskommission ist keinesfalls stichhaltig.

Die Regierungskommission ist die Treuhänderin des Völkerbundes. Wir fragen, wie weit stimmt die Nachricht, daß das Saargebiet ein wesentlicher Teil des Schacherobjektes bei den Verhandlungen in Lausanne war.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DSV): Das verstehen Sie nicht)

Wenn ich so einen dicken Kopf hätte wie Sie.

- Glocke des Vorsitzenden -

Wir als gewählte Vertreter der Bevölkerung müssen auch imstande sein, über diese Fragen der Bevölkerung etwas zu sagen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

sagen. Es genügt nicht nach unserer Auffassung, daß man Röchling in Bous reden läßt, hoch lebe Deutschland.
Wir sind überzeugt, daß die Regierungskommission Bescheid weiß. Sie sagt einfach nichts, wir bekommen keine Antwort. Wir stellen weitere Anträge und zwar:

1) Der Landesrat möge beschließen, daß sämtliche Steuerlisten der Öffentlichkeit gegenüber offengelegt werden, Aufhebung des Bankgeheimnisses zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und zur Schaffung der Möglichkeit der restlosen steuerlichen Erfassung. Erhebung einer Sondersteuer d.h. eine einmalige Steuer auf alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, soweit diese 200 000.-Franken übersteigt in Höhe von 10 %.

2) Die Steuerleistung der französischen Grubenverwaltung an die Regierungskommission sind um 100 % zu erhöhen und zwar von 26880 auf 55660 Millionen. 50 % Sondersteuerbelastung an den bisherigen Gewinn der französischen Grubenverwaltung, der bis zum Jahre 1931 fast eine Milliarde 200 Millionen erreicht hat. Diese Gelder sind den Städten und Kommunen zur Verfügung zu stellen für den Wohlfahrts-und Bauetat zur Arbeitsbeschaffung.

3) Erhebung einer Sondersteuer für alle Großeinkommen über 50 000 Franken jährlich in Höhe von 10 %, dabei dürfen nicht ausgenommen sein die Einkommen der hohen und höchsten Beamten.

4) Beseitigung aller den Massenkonsum belastenden Umsatzsteuern.

5) Sofortige Beseitigung aller massenbelastenden indirekten Steuern.

6) Beseitigung der Zölle auf Lebens-und Bedarfsartikel.

7) Sofortige Vorlage einer Verordnung betreffend Regelung der Kontingentierung von Aus-und Einfuhr unter weitgehendster Berücksichtigung des Schutzes der Kleingewerbetreibenden, Kleinhandwerker sowie Klein-, Zwerg-und Mittelbauern.

8) Alle eingehenden Zollgebühren haben im Saargebiet zu verbleiben. Der Anteil Frankreichs an die Zölle wird gestrichen, die dadurch freiwerdenden Gelder werden den Stadt-und Kommunalverbänden zugewiesen.

9) Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums für alle Einkommensteuerpflichtigen, deren Jahreseinkommen 30 000 Franken nicht übersteigt auf 15000.- Franken.

10) Verbot jeglicher zwangsweisen Eintreibung von Steuerrückständen für alle, deren Einkommen 30 000 Franken im Jahre nicht übersteigt, sowie Verbot jeglicher Zwangsversteigerung die Steuerschulden oder Rückstände zur Ursache hatten.

11)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

11) Außer der bereits beantragten Sondersteuer auf alle Vermögen, soweit diese 200 000 Franken übersteigen, beantragt die Kommunistische Landesratsfraktion die sofortige Vorlage einer Verordnung zur Neuregelung des Vermögenssteuersatzes unter der Maßgabe der Erhöhung derselben auf alle großeh Vermögen.

12) Erhebung einer Sondersteuer auf alle Dividenden-und Aufsichtsratstantiemen in Höhe von 20 %,darüber hinaus einer Verordnung nach der dieselben restlos eingezogen werden.

13) Die Steuerleistung der französischenn Grubenverwaltung an die einzelnen Kommunalverbände werden um den Prozentsatz erhöht, um den die Kommunalverbände den Umlagesteuersatz durch Diktat der Regierung erhöht haben, letzterer ist dadurch auf die Höhe von 160 % zurückzusetzen.

14) Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung zinsfreier Darlehen für Mittel-,Klein-und Zwergbauern,Kleingewerbetreibende und Handwerker, für kleine Hausbesitzer und für alle die, deren Einkommen 30 000 Franken im Jahre nicht übersteigt.

Das sind unsere konkreten Forderungen, die wir heute erneut stellen. Wir erklären,daß wir die Vorlage ablehnen.

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Dame und meine Herren! Nachdem die Geschäftsordnungsdebatte und auch die Abstimmung ergeben haben, daß wir heute diese Vorlage verabschieden sollen, ist an der Sachlage nichts zu ändern. Wir haben unseren Standpunkt auf Beratung in der Kommission deshalb herausgestellt, weil wir der Meinung sind, daß derart weittragende Vorlagen auch einer eingehenden Beratung bedürfen und wenn die Regierungskommission uns in ihren Druckschriften, in ihrem Handbericht, den wir heute morgen bekommen haben, Zahlen aufstellt und von Senkungen spricht im Ausgabenetat, dann ist es unsere Aufgabe, diese Senkungen zu untersuchen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß man ohne die Materie genau zu kennen, ohne Einzelheiten genau zu kennen, nicht ein Gutachten abgeben kann. Besonders die Herren Kommunisten sagen, und haben es auch in ihrer Stellungnahme begründet, daß sie auch die Einzelberatung in der Öffentlichkeit durchführen wollen. Wenn das in der Folge so gehalten werden soll, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Aber, weil das nicht nach der Geschäftsordnung zulässig ist und die Geschäftsordnung besteht nun einmal, so sind wir der Auffassung, daß diese bestehende Geschäftsordnung auch von dem Landesrat selbst beachtet werden soll. Die Vorlage wurde mit der Dringlichkeit der Regierung herausgegeben, um der Vorversorgung vorzubeugen. Es wurde schon bereits gesagt, daß dies vorher bekannt wird, das braucht man nicht mehr so stark zu befürchten, das ist bereits eingetreten, indem wir heute morgen schon von den einzelnen Interessenten Druckschriften bekommen haben.

Was die anderen Fragen betrifft, die in der Vorlage selbst auftreten, so sind wir der Auffassung, daß die Regierungskommission den verkehrten Weg geht, die werktätige Bevölkerung mit höheren Steuerlasten belegt, die ja sowieso in ihrer Kaufkraft nicht mehr mitkommen, in der Parallele bleiben. Nehmen wir doch den Zustand des Kaufkraftschwundes der in den letzten zwei Jahren sich herausgestellt hat, wenn wir den Vergleich stellen, was im Bergbau geschehen ist, wo 120 Feierschichten seit April 1930 eingelegt worden sind und wenn wir einen Schichtlohn von 35,40 Franken nebst sozialen Zulagen berücksichtigen, so ergibt das die Summe von 250 Millionen Franken, die als Kaufkraftschwund für diese Betriebsgruppe in Frage kommt. Nehmen wir die anderen Betriebsgruppen an, die vielen Arbeitslosen, so wird der Kaufkraftschwund der gesamten Wirtschaft des Saargebietes mit 7 bis 800 Millionen nicht zu gering bewertet sein und nun kommt die Regierung und will dieser Bevölkerung, die derart an Kaufkraftschwund leidet, noch höhere Lasten zumuten. Das besagt doch, daß der jetzt noch bestehende Umsatz, wenn er mehr belastet wird, noch mehr zurückgehen muß. Man kann ja aus dem jetzigen Einkommen der werktätigen Bevölkerung nichts mehr herausholen. Was höher bezahlt werden muß, sinkt naturgemäß an Umsatz. Deshalb bezeichnen wir es als einen verkehrten Weg. Es muß eine Kaufkraftverbesserung hergestellt werden, damit die Bevölkerung ihre Bedürfnisse, die sie nötig hat für ihren Tagesbedarf, damit sie auch kaufkräftig wird, um sich denselben einzuholen.

(Zuruf bei den Kommunisten!)

Das haben selbst schon die Kommunisten gemacht. Ihr

einstmaliger

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

einstmaliger Vorsitzender, der hier im Landesrat war,und auch das Sprachrohr war, hat solche Exmittierungen durchführen müssen, wo sich die Kommunisten mit Obstruktion eingesetzt haben. Und weil wir diesen Fall einmal angeschnitten haben, meine Herren Kommunisten, dann muß ich auch darauf sofort eingehen, es ist nämlich folgendes zu verzeichnen: Einer Eurer Anhänger, der im Volkshaus bei uns wohnt seit 4 Jahren und immer noch in Arbeit steht, hat auf Eure Anweisung hin anscheinend 8 Monate seine Miete nicht bezahlt, ohne daß er bis jetzt erwerbslos war und ohne daß er irgendwelche Unterbrechungen hatte, und daß er nach vielen Aufforderungen dazu durch Zwangsmaßnahmen gezwungen werden solle, die Miete zu bezahlen.

(Zurufe der Kommunisten !)

Ich muß die Zwischenrufe der Kommunisten klarstellen. Wir haben gar keine Absicht, Leute zu exmittieren, wenn sie ihre Mieten bezahlen. Die Miete, die dieser Kommunist für seine Wohnung bezahlen sollte, beträgt monatlich 90.-Franken gegenüber denjenigen höheren Mieten, die viele Erwerbslose bezahlen müssen. Übrigens ist dieser Mieter nicht exmittiert worden, sondern wir haben ihn erneut darauf aufmerksam gemacht, wenn er nicht bei uns wohnen will, dann kann er ja ausziehen.- Ich habe diese nebensächlichen Fragen nur beantworten müssen.

Die Steuerausfälle, die die Regierungskommission in ihrer Vorlage anzieht, die 60 Millionen betragen sollen. Von diesen 60 Millionen sollen 20 Millionen durch indirekte Steuern hereingebracht werden. Wenn man diese Warengattungen, die hier angezogen worden sind, wie Branntwein, Salz,Zucker, anzieht, so sind es also die Artikel, die die werktätige Bevölkerung benötigt und besonders das Salz. Das ist ein Verfahren, das man seit der Nachkriegszeit nicht kannte, denn der Beauftragte der Volkskommissare hat in seinen ersten Handlungen die ungerechte Salzsteuer aufgehoben und seit dieser Zeit kennt man keine Salzsteuer mehr. Und nur die neue Reaktion, das neue System, anscheinend die Vorläufer des Dritten Reiches sehen es als ihre erste Handlung an, die Salzsteuer einzuführen. Im Reiche ist diese Salzsteuer mit 12 Pfennig pro Kilo eingeführt worden, das Pfund mit 6 Pfennig.
Die Regierungskommission ist ja immer ein Spiegelbild der Steuerverordnungen im Reich.
Die Umsatzsteuer ist derart zu erweitern, daß Umsätze unter 5000 Mark, die vor dem 1.6. noch bestanden haben, ebenfalls durchgeführt werden. Das wird vielen Gewerbetreibenden die Augen öffnen, die auch dem neuen System gehuldigt haben.

(Zurufe der Kommunisten)

Ihr habt Euch(zu den Kommunisten) schon derart verloren, daß Ihr Euch schwer wiederfindet. Ihr wäret froh, wenn Ihr in Berlin eine festere Position hättet. Ihr habt Euch ja schon anheischig gemacht im preußischen Landtag den Präsidentenposten, den Ministerpräsidentenposten anzunehmen.

(Zurufe: Das ist das kleinere Übel!)

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen!

g. Petri fortfahrend: Die Regierung will ihren Etat balancieren mit hohen Steuern. Wir sind der Auffassung, daß jeder Etat balancieren soll, nur kommt es darauf an, nach welchen Methoden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Die Methoden, die hier angenommen werden, sind unserer Auffassung nach nicht richtig. Der Etat, der für das neue Jahr vorgelegt wurde vor einigen Monaten, hat eine Endsumme von 536 Millionen Franken. Ich habe mir da die Mühe gemacht, um einmal herauszurechnen, wie die Gesamtrechnung und habe die Summe von 305 Millionen herausgerechnet incl. der Beiträge zu den Beamtenpensionskassen, die auch als Gehaltsregelung mit eingesetzt werden müssen. Es sind nun in den letzten Monaten irgendwelche Symptone aufgetreten, wenn über Gehaltsregelung gesprochen wird, wird derjenige, der darüber spricht, sehr oft einer eingehenden Analyse unterzogen, und ich nehme mir auch heraus, dieselben zu kritisieren. Ich bin durchaus der Auffassung, daß Gehälter, die sich in einer gewissen Grenze bewegen, daß die durchaus in den Etat hineingehören. Aber Gehälter, die diese Grenze überschreiten,, müssen der augenblicklichen Lage angepaßt werden.

(Zuruf der Kommunisten: Das hat die Sozialdemokratie im Reich bewiesen!)

Was sie bewiesen hat, will ich Euch kurz sagen. Die Papenregierung und die Rechtsbewegung , die Nationalsozialisten wissen besser, was die Sozialdemokraten geleistet haben, die wissen das besser, deshalb gilt ihr Kampf alleinig den Sozialdemokraten und weniger den Kommunisten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat geschrieben, sie wünsche, daß die Kommunisten sich weiter entwickeln, sie sind der Pfahl im Fleisch der Sozialdemokratie. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Arbeiterschaft, daß die Arbeiterbewegung, an Position verliert und damit die Reaktion, daß sie umsomehr zum Siege kommen.-

Die jetzige Regierung, die sagt, der Staat sei im Sozialgedanken zu weit gegangen, der Staats sei ein Wohlfahrtsstaat gewesen. Dieser Wohlfahrtsstaat müsse aufgelöst werden und die deutsche Bergwerkszeitung hat folgendes geschrieben: Im März ds.Js. auch zu Eurer Kenntnis, daß in der Nachkriegszeit 1918 der soziale Gedanke zu stark zur Position gekommen sei, daß das Volkseinkommen gewaltig verschoben wurde, das Volkseinkommen aus Löhnen und Renten usw. von 39 Millionen auf 51 Millionen in der Nachkriegszeit heraufgetrieben worden sei, und daß diese Grenze wieder zurückgebracht werden müsse auf den Vorkriegsstand. Deshalb müsse die nationale Bewegung abgeknöpft werden.. Herr Brüning hat m.E. größere Taten bewiesen als die Kommunisten je beweisen werden.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Ich habe vorhin gesagt, daß wir als Sozialdemokratische Fraktion durchaus dafür eintreten, daß die Gehälter nach dem bestehenden Wirtschaftsniveau reguliert werden sollen, und daß Gehälter bis zu einer gewissen Grenze von uns durchaus gebilligt werden. Aber was überspannt ist, das bekämpfen wir und treten an jeder Stelle auch dafür ein. Das geht nicht an, daß die andere Bevölkerung 40 und 50 % ihres Einkommens einbüßen müssen, und auf der anderen Seite, daß Privilegien erhalten bleiben sollen. Wir sind der Auffassung, daß die Grenzen auf die man sich festlegen kann - die Kommunisten sagen 30 000 Franken -. Ich bin nicht befugt, von mir aus eine Grenze zu nennen, denn das sind Angelegenheiten, die bei der Etatberatung berücksichtigt werden müssen. Aus dem Stegreif hier eine Zahl zu nennen, das wäre verfänglich, denn es kann sein, daß dann noch 30 000 Franken zu hoch sind. Die Angelegenheit, die durchaus mit der bestehenden Materie in Einklang zu bringen ist und wo die Fraktionen allgemein die Aufgabe haben, nicht um der schönen Augen einzelner willen zuliebe, sondern der Wirtschaftslage angepaßt werden. Das ganze Volk muß eingeschaltet werden in diese Regulierung von Einkommen und Ausgaben, und der der mehr ausgibt als er

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

Das ganze Volk muß eingeschaltet werden in diese Regulierung von Einkommen und Ausgaben, und der, der mehr ausgibt als er einnimmt, handelt gewissenlos.

Wir lehnen die Vorlage ab und verlangen von der Regierung, wenn die Etatbalancierung notwendig ist, diese vorgenommen wird auf direktem Wege durch Vermögenssteuer und durch entsprechende Einkommensteuer.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Baltes !

Abg. Baltes (NSDAP): Deutsche Volksgenossen! Zunächst möchte ich grundsätzlich bemerken, daß wir es ablehnen, in der Art und Weise, wie das eben der Fall war, zu verhandeln. Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir den Landesrat nicht betrachten als eine Stätte parteipolitischer Auseinandersetzungen. Wir haben ja unsere Versammlungen und wollen draußen unsere Streitigkeiten austragen. Das eine Bißchen, was der Landesrat noch hat, das Ansehen, soll in nationaler Geschlossenheit gewahrt werden.

(unverständlicher Zuruf des Abg. Hey(KP).

Ich verstehe nicht russisch.

In der vorigen Sitzung haben wir durch Herrn Brück erklärt, daß wir als Nationalsozialisten jede indirekte Steuer grundsätzlich ablehnen. Wir sind für eine gerechte Staffelung der Einkommensteuer. Im preußischen Landtag ist eine Vorlage durchgegangen, die eine Freigrenze von 200 Mark vorsieht, und darüber hinaus sind die Steuersätze gestaffelt bis zu den höchsten Einkommen. Indirekte Steuern wirken sich immer zum Schaden der notleidenden Massen aus.

Im übrigen unterstützen wir den Antrag der Kommunistischen Partei, daß die Regierungskommission bezw. die Herren Mitglieder derselben persönlich vor dem Landesrat erscheinen. Wenn der Herr Staatskommissar sagt, daß er die Regierungskommission vertritt, so genügt das nicht. Wir bitten, daß Herr Minister Koßmann hierher kommt und die Wünsche der Bevölkerung entgegennimmt.

Der Regierungskommission haben wir zu sagen, daß wir die Art und Weise, in der die Regierungskommission uns die Vorlage zugestellt hat, ablehnen. Ich wurde vorhin aus der Sitzung herausgerufen und erhielt vom Briefträger einen Brief, der die Vorlagen enthielt. Ich habe die Vorlage erst erhalten, nachdem wir bereits eine Stunde verhandelt haben. Die Regierungskommission muß Zeit genug finden, uns die Vorlagen so rechtzeitig zuzustellen, daß wir die Möglichkeit haben, uns damit zu beschäftigen.

Wir lehnen die Vorlage ab aus prinzipiellen grundsätzlichen Erwägungen und die Art und Weise, in der man dem Landesrat die Vorlage zugehen ließ.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

g. Schmelzer(DSV): Meine Dame und meine Herren!

Wir haben uns schon in der letzten Landesratssitzung gegen den Erlaß von Notverordnungen gewandt. In Schlitzöhrigkeit sind die Franzosen groß. Ich hatte ausgeführt, daß der Landesrat innerhalb 24 Stunden zusammenzubringen ist, wenn es notwendig wäre. Es wurde mir nun von einem Vertreter der Vorwurf gemacht, wenn ich ihn richtig verstanden habe, daß ich etwas derartiges gesagt habe. Ich bleibe dabei bestehen, denn wenn es sich um die Verabschiedung von Vorlagen handelt, bei denen nur einige kleine Abänderungen zu machen sind, geht die Einberufung auf alle Fälle. Selbstverständlich kann es sich aber nicht um die Verabschiedung von Vorlagen handeln wie die gegenwärtige.

Es ist bezeichnend, daß der Herr Morize sich ausgerechnet ein Steuergesetz ausgesucht hat, um uns beim Wort zu nehmen. Steuervorlagen in einer derartigen Frist zu erledigen, ist ein Unding.

Man kann darüber streiten, welches die gerechteste Steuerart ist, die indirekte oder die direkte. Das Richtige wird ja wohl so sein, daß eine gerechte Mischung vorzuziehen ist. Eine indirekte Steuer hat das Gute für sich, daß sie bis zu einem gewissen Grade abwälzt und der Verbrauch eingeschränkt wird. Es ist aber auch nicht wünschenswert, daß der Verbrauch gedrosselt wird, gerade bei Bier, noch weniger bei Kaffee, Tabak usw.

Ich betrachte es als einen Fortschritt und buche es auf das Konto des neuen Regierungspräsidenten, daß mit der Art, Notverordnungen zu erlassen, gebrochen wird. Es war für ihn wahrscheinlich sehr schwierig, damit Schluß zu machen, denn er mußte sich bestimmt gegen den französischen, vielleicht auch noch gegen den einen oder anderen Minister durchsetzen. Offenbar hatte er die Absicht,zu vermeiden, daß das Saarstatut verletzt wird. Aber zwischen Verletzung des Vertrages dem Wortlaut nach und der Verletzung dem Geiste nach, ist ein großer Unterschied. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß nicht Platz greifen darf, die Anhörung des Landesrates zu einer Farce zu machen. Ich mache den Präsidenten der Regierungskommission und den Minister für Finanzen dafür verantwortlich, daß die Sache hier nicht zu einer Farce gemacht wird. Wenn bereits der Satz des endgültigen Gesetzes fertig dasteht, daß nachdem wir hier herausgehen, die Druckpresse in Bewegung gesetzt wird, dann ist die Anhörung des Landesrates nicht das, was sich auch unsere schärfsten Gegner darunter vorgestellt haben. Das ist dann eine wirkliche Farce, das wollen wir nicht mitmachen. Ich richte den Appell an den Präsidenten der Regierungskommission, daß er damit Schluß macht. Er braucht eine gewisse Zeit für die Einfühlung.Man kann ihn nicht verantwortlich machen für das, was in der Vergangenheit in der Regierungskommission geschehen ist. Er ist aber für das verantwortlich zu machen, was in Zukunft geschieht.

Der Finanzminister Morize - ein Franzose - hat uns nun in einer Besprechung,die am vergangenen Freitag stattgefunden hat, nebenbei bemerkt, die kommunistische Fraktion war nicht vertreten, das halte ich für unrichtig.

(Zuruf aus der kommunistischen Fraktion: Es kommt ja doch nichts bei den Besprechungen heraus.)

Wenn Euch das recht ist, daß Ihr nicht zugezogen werdet,dann kann das uns ja gleichgültig sein. In dieser Besprechung

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

wurde die beschleunigte Herausgabe der Vorlage damit begründet, daß derartige Dinge schnell und geheim geheim gemacht werden müßten.

Im Jahre 1926 haben wir eine große indirekte Steuervorlage verabschiedet. Ich glaube, ich habe den Ressortminister darauf aufmerksam gemacht, daß man es damals verstanden hat, eine Vorversorgung in gewissen Grenzen zu verhindern. Die Vorversorgung, die hier etwa stattfinden könnte, hat ja schon im großen stattgefunden. Damit stimme ich mit dem Sprecher der Kommunistischen Fraktion überein. Die beteiligten Interessenten wußten von der ganzen Sache lange bevor der Landesrat etwas erfuhr. Das ist ja eigentlich zu verstehen. Ich kann ese einem Beamten nachfühlen, daß er, wenn der Finanzminister etwas unternimmt, was sich gegen die Bevölkerung richtet, in seinem Unmut über das Verhalten des Finanzministers gegenüber der Saarbevölkerung, von seinen Kenntnissen frühzeitigen Gebrauch macht. Ich will damit nicht sagen, daß ich einen derartigen Vertrauensmißbrauch unterstütze. Ich bin der Meinung, daß es die Absicht war, uns eine Vorlage hinzulegen, bei der wir uns selbst ins Unrecht setzen sollten, unser Unvermögen erklären sollten, damit der Regierungskommission die Ausrede bleibt, daß der Landesrat nicht in der Lage ist, zur Sache Stellung zu nehmen. Es ist sehr erfreulich, daß alle Fraktionen sich bereit erklärten, in die Beratung einzutreten, denn in einer Kommissionssitzung wäre ja auch nichts herausgekommen, da die Vorlage fix und fertig ist.

Trotzdem möchte ich mir nicht versagen, Verbesserungsvorschläge zu den einzelnen Positionen zu machen, auf einzelne Punkte hinzuweisen, um dann feststellen zu können, ob die Regierungskommission den bereits gesetzten Druck des Gesetzes ändert und die Vorschläge mit hineinnimmt.

Der Herr Finanzminister hat uns eine Drucksache zugehen lassen, in der er davon spricht, daß der Betrag der Verbrauchsabgaben wegen des Rückgangs des Verbrauchs an steuerpflichtigen Waren stark zurückgegangen sei und weist dann in dem Mantelbericht darauf hin, welches Defizit vorhanden sei und weshalb diese Vorlage überhaupt nötig sei, nämlich durch die steigende Arbeitslosigkeit.

Wenn dieser Minister in einem parlamentarisch regierten Lande regieren würde, dann wäre er keine 24 Stunden mehr Minister, denn man würde ihm vorhalten, daß er unfähig ist, oder daß er böswillig andere Interessen den Interessen seines Landes voranstelle. Wie kann ein Finanzminister im Juli auf diese Dinge hinweisen, wo bereits zu Anfang des Jahres eine Arbeitslosenziffer von 36 000 im Saargebiet registriert war und am 1.April diese Zahl auf nahezu 45 000 angestiegen ist. Ja, ist der Mann denn so naiv, daß er sich nicht sagen kann, hier geht die Arbeitslosigkeit gewaltig in die Höhe, hier sinken die Abgaben. Ich halte ihn nicht für so naiv. Herr Morize ist- ich möchte das Wort "gerissen" nicht gebrauchen -

(Zurufe der Kommunisten: Deshalb arbeitet auch Röchling so gern mit ihm !)

Wenn Ihr Witze macht(zu den Kommunisten gewandt) dann macht ordentliche Witze und nicht einfältige. Machen Sie gute Witze, dann lache ich mit, wenn er auch auf meine Kosten geht. Er wird wohl gewußt haben, daß die Dinge so liegen, und wenn er vor uns hintritt und sagt, die Dinge sind uns gewissermaßen über den Kopf zusammengeschlagen, dann glaube ich das einfach nicht.

Der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

Der Sprecher des Zentrums hat die Vorlagen sehr eingehend behandelt, so daß ich mich damit begnügen kann, nur kurz auf einzelne Punkte hinzuweisen.

In dem Mantelbericht heißt es, daß ein Fehlbetrag von 60 Millionen Franken vorhanden ist, und daß der Ausgleich des Jahres 1932, also des Jahres, in dem wir uns befinden, nur möglich gewesen wäre, indem man aus den Überschüssen einen Betrag von 48 Millionen, der der Regierung zur Verfügung stand, herausgenommen habe. Da erhebt sich die Frage: Sind diese 48 Millionen der ganze Überschuß, oder sind noch mehr vorhanden. Das ist natürlich sehr wichtig für die Verabschiedung einer Vorlage.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Die Überschüsse, die noch vorhanden sind, haben die französischen Banken zu einem Zinsfuß von 2 %).

Da bin ich mit Ihnen in der Verurteilung einig. Ich glaube, Sie befinden sich mit mir in Übereinstimmung, wenn noch Überschüsse vorhanden sind, dann sollen sie für das Rechnungsjahr 1932/33 verwandt werden. Sie müssen verwandt werden, ehe man eine derartige Vorlage als Gesetz der Bevölkerung auferlegen will. Es ist immer sehr schwer, Steuern zu bewilligen. Man muß allerdings jeder Regierung zugestehen, wenn sie Aufgaben zu erfüllen hat- und es sind Aufgaben da, nämlich Unterstützungen für die Arbeitslosen, dann darf man diese Aufgaben nicht den Gemeinden überlassen. Darüber sind wir uns einig, dann braucht die Regierung Mittel,wenn sie sagt, wir verlangen die Summe als indirekte Steuern. Sie spricht aber noch von 35 Millionen Franken direkte Steuern. Deshalb wollen wir wissen, sind keine Überschüsse da ? Wie sollen die direkten Steuern beschafft werden. Wenn man eine derartige Vorlage macht, dann muß man unbedingt ein Steuerprogramm aufstellen, aber nicht sagen: Landesrat,bewillige das Teilstück, wenn du willst, daß die Arbeitslosen unterstützt werden, dann gib uns auch die Mittel in die Hand. Das ist ein Mittel, das nicht angängig ist.

Noch etwas, das ist die Relation der Steuern des französischen Staats zu den Steuern der Bevölkerung des Saargebietes. Es ist darauf hingewiesen worden, daß im Saarstatut eine Regelung vorgesehen ist, daß der französische Staat im Verhältnis seines Eigentums gegenüber dem Saargebiet Steuern bezahlen soll, und die Regierungskommission hat den Wert der Saargruben auf 340 Millionen Goldmark festgestellt. Man hat zunächst berechnet, was das Saargebiet an Vermögenswerten hat, an Wäldern, Wasserrechten usw., und als der französische Staat nach Meinung gewisser Leute zu viel Steuern zahlen mußte, da hat man die Arbeitskraft der Bevölkerung kapitalisiert. Es steht fest, daß die Vermögensverhältnisse des Saargebietes jetzt ganz anders geworden sind, alles ist weniger geworden an Wert, Wälder,Wasserrecht und ganz bestimmt die Kapitalisation der Arbeitskraft. Wir haben in der Besprechung mit der Regierungskommission darauf hingewiesen, - und es ist dies unbedingt notwendig, weil die Berichte von hier im Sekretariat in Genf usw.gelesen werden-, daß es dringend notwendig ist, bei dieser Notlage des Saargebietes wie der Ressortminister selbst zugibt, daß diese Relation nachgeprüft wird, und daß der französische Staat in stärkerem Maße zu den Steuern herangezogen wird. Das ist etwas, auf das wir nicht verzichten können. Ich mache den Herrn Staatskommissar darauf aufmerksam, daß er diese Auffassung der Regierungskommission vorträgt.

Noch eins. Alle Fraktionen haben das schon erwähnt. Unsere mißliche Lage, hauptsächlich die der Gemeinden, hängt damit zusammen, daß die Anleihe noch immer nicht untergebracht ist. Wir haben von dem Herrn Staatskommissar in der vorigen Sitzung eine Bemerkung gehört - Herr Staatskommissar, ich habe Verständnis für Ihre prekäre Lage. Sie

<u>haben</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

haben uns eine Antwort erteilt, die gar keine Antwort ist. Das ist nicht Ihre Schuld, das ist die Schuld Ihrer Beauftragten. Wir verlangen die Beantwortung der Frage: Was ist mit der Anleihe los ?

Der Finanzminister hat gar keine Antwort darauf gegeben, trotz aller unserer Bemühungen, und daher wiederhole ich nochmals die Forderung, weil der Verdacht besteht, daß der französische Finanzminister, immer erst alles von seinem französischen Standpunkt aus pruft, daß damit Schluß gemacht wird, und daß die Finanzverwaltung des Saargebietes in die Hände des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission kommt. Es ist selbstverständlich, daß wenn das saarländische Mitglied vor uns hintreten würde, ganz gleich, wie man parteimäßig zu ihm steht, und würde sagen: Ihr Vertreter des Volkes, hier werden gebraucht so und soviel Millionen für die Unterstützung der Arbeitslosen, und er würde uns das an Hand von Zahlen vortragen, dann könnten wir nicht sagen, wir geben dir nichts. Wir hätten zum mindesten mehr Vertrauen zu ihm, denn er bleibt ja im Lande und wird später verantwortlich gemacht, daß er die Dinge richtig darstellt.

Es müßte dies auch im Interesse des Finanzministers selbst liegen, denn wenn er derartig ungenügend sein Amt ausübt, dann tut er besser, wenn er abtritt, dann kann er die französischen Interessen, zu denen er verpflichtet ist besser wahrnehmen als jetzt.

Vorhin ist die Forderung aufgestellt worden, die Regierungskommission soll ein Programm vorlegen. Es ist nicht nur ein Arbeitsbeschaffungsprogramm nötig. Wir haben uns an die Regierungskommission gewandt und darauf aufmerksam gemacht, daß Arbeit beschafft werden soll. Die Regierungskommission muß uns aber nicht nur ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, sondern auch ein Steuerprogramm vorlegen.

Anläßlich der Besprechung bei der Regierungskommission haben wir gesagt, die Ausgabenseite ist nicht genügend beachtet worden. Der Beamtenapparat ist aufgebläht. Es muß an diesem Beamtenapparat abgebaut werden, und auf die Bemerkung der Regierungskommission, dann hätten wir die Pensionslasten zu tragen und dann würde sich das in der Finanzlage doch nicht so auswirken, haben wir zu erwidern: Wir können Beamte abbauen, ohne daß wir Pensionslasten zu tragen haben. Das sind die Pécules-Beamten. Es deren rund 200 Beamten bei der Regierung vorhanden.

(Zurufe: Hört, hört !)

Wenn die Regierungskommission sagt, die und die Péculesbeamten sind entlassen, dann sind wir den Beamtenapparat los und eine Härte tritt nicht ein, denn sie bekommen zum Teil Péculesabfindungen, mit denen sie glänzend leben können. Sie bekommen nämlich 25 % derjenigen Netto-Bezüge ausbezahlt- wenn ich nicht irre zuzügl. Zinsen - die sie im Saargebiet gehabt haben.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Wilton hat eine halbe Million gekriegt!)

Wenn hier gesagt wird, die Regierungskommission würde demnächst mit Vorschlägen hervortreten, wie gespart werden kann, so ist das keine Art und Weise. Jeder Finanzminister ist doch verpflichtet,Vorschläge zu machen, wie diese Lastensenkung vorgenommen werden soll. Wenn er diesen Ehrgeiz nicht hat, dann taugt er be eben nichts als Finanzminister.

Zu

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Zu den Vorlagen selbst brauche ich nicht viel zu sagen, das hat Herr Becker ja sehr ausführlich getan, und die anderen Redner auch. Ich möchte nur noch einige Punkte erwähnen.

Der Herr Staatskommissar hat gemeint, diese Besteuerung von Bier und Tabak usw. ist ja eine Bagatelle. Auf das Glas Bier käme eine Verteuerung von nicht einmal 1 Pfennig, bei Tabak 0,4 Ct. für die Zigarette. Das trifft ja garnicht zu.

Mit dieser Besteuerung geht ja etwas anderes Hand in Hand, ich denke nur beispielsweise an die Umsatzsteuer, die wiederholt erhoben wird. Aus dem einen Pfennig werden zwei Pfennig und mehr. Im übrigen, Herr Staatskommissar, kennen Sie vielleicht die Fabel von dem Mülleresel, dem sein Herr solange Lasten aufbürdete, bis er schließlich an der Last eines leichten Strohhutes zusammenbrach. Vielleicht machen Sie die Mitglieder der Regierungskommission mit dieser Fabel bekannt und vielleicht ziehen diese die Nutzanwendung aus ihr.

Der Fachreferent hat mir die Frage beantwortet, daß bei Bier die Steuer viermal so hoch ist, wie die französische Steuer und er sagte mir, die Steuer wird bei der Einfuhr erhoben und es sei eine Einfuhrkontrolle vorhanden.

Ich kann mir denken, daß die Einfuhrkontrolle nicht so funktioniert, daß nicht auch Steuerbeträge verloren gehen. Im Interesse und zum Schutze des einheimischen Brauereigewerbes, auch der Brauereiarbeiter, soll diese Einfuhrumsatzbesteuerung recht scharf durchgeführt werden, daß alles erfaßt wird, an den Landstraßen selbstverständlich ganz besonders. Die Kontrolle wurde gerade hier seinerzeit ganz eifrig, auf Anweisung der Regierungskommission ausgeübt, wo es sich zu Gunsten der französischen Waren handelte.

Was den Branntwein anbelangt, so möchte ich Sie bitten, Herr Referent, mir etwas in verständliches Deutsch zu übersetzen, was ich hier finde. Der Passus heißt:

> Eine in angemessenen Grenzen sich haltende Steuererhöhung unter Stärkung des Schutzes der inländischen Erzeugung von der Einfuhr durch Erhöhung der Spanne zwischen dem in Frage kommenden Sätzen von 2.-Fr. auf 2.50 Frs. pro Liter Weingeist und unter Verringerung der in dem bisherigen Maße nicht gerechtfertigten Bevorzugung der kleinsten Brennereibetriebe erscheint tragbar."

Das ist offenbar wörtlich aus dem Französischen in's Deutsche übersetzt. Ich habe mir eine Übersetzung zurecht gelegt und ich bitte, mir zu sagen, ob sie zutrifft.

Die Landwirte haben bis jetzt eine gewisse Vergünstigung gehabt, denn in reichen Obstjahren durften sie eine gewisse Menge brennen, ohne daß sie dafür Steuern zu entrichten hatten, höchstens kam eine geringe Steuer in Frage. Das ist ganz besonders wichtig für die Bauern in der Saarpfalz, dort gibt es viele Zwetschen, aus denen der Landwirt Zwetschen-Branntwein macht. Wenn das der Sinn des Gesetzes sein soll, dann möchte ich bitten, daß es dabei bleibt, denn ich weiß, was es heißt für den Landwirt, wenn er nicht weiß wohin mit dem Obst. Das frische Obst alles auf den Markt zu bringen ist undenkbar.

Bezüglich Mineralölzölle kann ich darauf hinweisen, daß Benzin seit einigen Tagen schon um 10 Cts. pro Liter teurer verkauft wird als früher. Dafür hätte man die Vorlage nicht so sehr zu beschleunigen brauchen.

Was die Tabaksteuer anbelangt, so hat Herr Becker bereits das Nötige gesagt. Es ist bezeichnend, daß die Tabakwarengroßhändler, deren Eingabe uns bereits zugegangen ist,

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

eher unterrichtet waren wie wir. Man muß sagen, daß sie prompt arbeiten, sie weisen darauf hin, daß eine Erhöhung eintritt nicht von 100 %, sondern daß die Steuer dreimal so hoch sein wird wie bisher.

(Zwischenruf des Fachreferenten: Das gibt es nicht, das hat der Verband nicht richtig berechnet.)

Wir verlangen, daß die Vorlagen so rechtzeitig den Landesratsmitgliedern zugehen, daß die gewählten Volksvertreter in der Lage sind, die Eingaben der Regierungskommission mit den Interessentenkreisen zu besprechen, um festzustellen, was die Regierungskommission des Saargebietes zum Wohle der Bevölkerung vorschlägt und was unterschoben wird zum Wohle Frankreichs. Wir verlangen, daß das so zeitig geschieht, wie es notwendig ist, und daß nicht das Gutachten des Landesrates zu einer Komödie herabgewürdigt wird, sondern den Ruf einer wirklichen Vertretung der Bevölkerung behält.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4
1

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll !

bg. Schmoll (DWP): Meine Damen und Herren! Wenn man Steuervorlagen beraten soll, dann braucht man dazu Zeit und Kenntnisse über die bisherigen Steuereingänge. Wir hatten aber weder Zeit noch kennen wir die früheren Steuereingänge. Über das Finanzgebaren im Saargebiet haben wir überhaupt nur ein ganz verschwommenes Bild. Wir bekommen alljährlich zwar einen Etat vorgelegt, aber dieser Etat enthält nicht die Ergebnisse des Vorjahres, sondern bringt uns den Steuervoranschlag. Wenn man Steuern beraten soll, dann muß man selbstverständlich die positiven Eingänge des Vorjahres haben und nicht die Voranschläge.

Die Ist-Zahlen werden uns auch in diesem Jahre wieder vorenthalten. Es fehlt uns das wichtigste Gebiet der Finanzgebarung, wir sehen nichts anderes als die Zahlen des Voranschlags. Das ist keine Sache, die man einem Parlament bieten kann, das sich zu Steuervorlagen äußern soll. Wir wissen nichts über die Rücklagen.

Wir würden auch gern etwas genaues über den Stand der Saaranleihe erfahren, die außerordentlich notwendig wäre gerade zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Wir tappen hier vollständig im Dunkeln, deshalb haben wir immer wieder verlangt - und wir verlangen es auch heute wieder von der Regierungskommission -daß sie allmonatlich die Steuereingänge bekannt gibt, ebenso auch die Zölle. Durch solche Veröffentlichungen könnte sich auch die Bevölkerung ein Bild machen wie wir stehen. Wir haben direkte und indirekte Steuern, aber wir haben daneben noch eine besondere Steuerquelle, das ist die Bergverwaltung. Die Bergverwaltung trägt viel zu wenig zu den saarländischen Steuern bei. Aber,meine Dame und meine Herren, wenn die Bergverwaltung schon früher viel zu wenig beigetragen hat, dann trägt sie jetzt bestimmt viel zu wenig zu dem Haushaltplan des Saargebietes bei. Wie schon erwähnt,ist ja seinerzeit die Arbeitskraft der Bevölkerung kapitalisiert worden bei der Gegenüberstellung des Vermögens zum Nutzen der Bergwerksdirektion. Es ist heute nicht so, daß ein Teil der Arbeitskraft verschwunden ist, also daß das Aktivum in der Vermögensberechnung nur verschwunden ist,oh nein, dieses Aktivum ist zum Passivum geworden. Dadurch, daß wir anstelle der früheren Arbeitskraft, den Arbeitslosen Zuschüsse zahlen müssen, ist ein bedeutendes Passivum entstanden. Wenn die Regierungskommission früher diese Art der Berechnung für richtig gehalten hat, dann wollen wir heute, daß auf derselben Basis der Steuerzuschuß der Bergwerksdirektion zum Haushalt des Saargebietes revidiert wird. Das ist kein unbilliges Verlangen. Was von den vorhergehenden Rednern über die Vorversorgung gesagt wurde, das ist auch meine Ansicht. Ich kann mir schwer vorstellen, wie man sich z.B. mit Bier versorgen soll. In den wenigsten Häusern gibt es Bierkeller. Beim Lagern des Bieres würde man nur Gefahr des Verderbens laufen und die persönliche Aufnahmefähigkeit ist gegrenzt.

Beim Tabak und anderen Sachen ist es ähnlich. Der größte Teil der Bevölkerung hat auch nicht das Geld, sich Vorräte hinzulegen. In früherer Zeit haben wir uns immer Zeit genommen, solche Vorlagen zu begutachten. Da hat die Vorversorgung auch keine Rolle gespielt.

Beim Bier wird ein starker Konsumrückgang eintreten und dadurch wird der erwartete Mehrbetrag ausbleiben. Es werden viele kleine Existenzen durch diese Steuererhöhungen vernichtet werden.

Auf die übrigen Sachen will ich nicht eingehen, der Herr Becker hat ja eingehend darüber gesprochen. Ich

<u>will</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

will nur grundsätzlich sagen, daß wir die indirekte Steuerbelastung nicht prinzipiell ablehnen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß neben den direkten Steuern indirekte Steuern erhoben werden müssen, aber wir dürfen im Saargebiet neben diesen zwei Steuerarten die dritte Steuer, nämlich die Besteuerung der Bergverwaltung, nicht vergessen und diese muß in stärkerem Maße wie bisher zu den Steuern herangezogen werden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Dame und meine Herren! Zu den Kritiken allgemeiner Art muß ich auf den Mantelbericht Bezug nehmen, der den Herren Mitgliedern zugeleitet wurde. Wie sich aus dem Bericht ergibt, sind die Vorlagen zum Teil nötig, um die Finanzierung der Erwerbslosenfürsorge sicherzustellen. Die beschleunigte Begutachtung wurde seitens der Regierungskommission deshalb gewünscht, um eine Vorversorgung zu unterbinden.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DSV): Wie steht es mit den 48 Millionen ?)

Darüber bin ich nicht informiert, ich glaube aber nicht, daß Überschüsse vorhanden sind. Ich nehme an, daß die Regierungskommission darüber noch Auskunft geben wird.

Es stimmt nicht, wenn gesagt wird, daß die Anträge des Landesrates von untergeordneten Stellen entschieden werden. Die Anträge gehen an die Regierungskommission, an die einzelnen Minister und Direktionen, die dann mit den Fachreferenten dieselben bearbeiten.

(Zuruf des Abg. Becker (Z): Nur Herr Ehrhardt entscheidet selbständig.)

Was die Maßnahmen anbelangt, die der Herr Abgeordnete Becker angeregt hat zur Sicherung der Steuereingänge für den saarländischen Fiskus von Mineralölen, Kolonialwaren usw., so werde ich die Anregung weitergeben und bin überzeugt, daß sie entsprechende Berücksichtigung finden wird.

Der Herr Abgeordnete Lorenz hat sich darüber beschwert, daß ihm verschiedene Auskünfte nicht gegeben worden seien. Das kam daher, daß der betr. Referent erkrankt war. Da wir die Vorlage in nächster Sitzung behandeln werden, wird Gelegenheit gegeben sein, die restlichen Fragen zu beantworten.

Betr. der Konferenz von Lausanne kann ich erklären, daß die Regierungskommission an dieser Konferenz nicht beteiligt ist und dürfte daher nicht in der Lage sein, die gewünschte Auskunft zu geben.

Betr. Salz-und Zuckersteuer kann ich antworten, daß diese Steuer in dem vorliegenden Entwurf nicht enthalten ist. Ich bedauere sehr, daß Herr Baltes die Vorlage so spät erhalten hat.

Betr. Äußerung des Herrn Abgeordneten Schmelzer, daß die Vorlage bereits schon in Druck gegeben sei, kann ich entgegnen, daß die Regierungskommission sich zuerst mit dem Gutachten des Landesrates beschäftigen wird und dann erst beschließt, die Vorlage in Druck zu setzen.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß steuerliche Maßnahmen der Regierungskommission durchgesickert sind, es sind Maßnahmen getroffen worden, daß dies nicht mehr vorkommt.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DSV): Können Sie uns sagen, wie hoch die Péculesumme ist und wo sie sich befindet ?)

Regierungsrat Steng: Darüber habe ich weder Antwort zu geben, noch könnte ich sie geben.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Uns wird mitgeteilt, daß bei einer in Neunkirchen stattgefundenen Demonstration, die vonA der Regierungskommission genehmigt war, Landjäger und blaue Polizei Arbeitern das Hemd ausgezogen haben, und zwar in einer Form, daß sich die Anwohner empörten. Es ist sogar vorgekommen, daß dies auf eine solche Art und Weise vorgenommen wurde, daß Arbeiter schließlich nackt auf der Straße gestanden sind.

Wir stellen die Anfrage an die Regierungskommission, ob auf diese Art und Weise das Uniformverbot im Saargebiet durchgeführt werden soll. Bei den Arbeitern nennt man schwarze Hemden, bei vielen Arbeitslosen ist es überhaupt das einzige, das sie besitzen, Uniform, demgegenüber müssen wir feststellen, daß in der Bahnhofstraße in Saarbrücken Nationalsozialisten in voller Uniform herumspazieren können,ohne daß sich die Polizei daran stört und selbst hier im Hause sind Nationalsozialisten in voller Uniform. Herr Staatskommissar haben Sie die Uniformen hier im Hause nicht gesehen? Bezüglich der Versammlungen müssen wir feststellen, daß unsere Versammlungen überall verboten werden, auch Versammlungen, die von uns als Landesratsabgeordnete einberufen werden. Wir sind der Meinung, daß wir als Landesratsabgeordnete das Recht und die Pflicht haben, unter der Arbeiterschaft zu ihren Wünschen Stellung zu nehmen.

Ich stelle weiter die Frage an die Regierungskommission. Hat der General v.Horn in Neunkirchen mit Genehmigung der Regierungskommission von einem Balkon aus sprechen können. Ist weiter der Regierungskommission bekannt, daß in Neunkirchen Nationalsozialisten unter den Augen der Polizei in voller Uniform demonstrieren konnten?

Des weiteren, ob es zutrifft, daß der Abgeordnete Keder in der Versammlung der Nationalsozialisten hier im Gustav-Adolf-Haus gesprochen hat. Wir haben gesehen, was daraus entstanden ist: ein parteiloser Arbeiter ist einfach auf der Straße zusammengestochen worden.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Detjen!

Abg. Detjen(KP): Wir wollen diese Anfrage erweitern: Ist es der Regierungskommission bekannt, daß der General v. Horn mit Genehmigung der Regierungskommission in Neunkirchen von einem Balkon aus sprechen konnte.

Ist es der Regierungskommission bekannt, daß die Nationalsozialisten unbehelligt demonstrieren dürfen . Desweiteren, daß der Abgeordnete Keder gesprochen hat.

Wir hätten gerne hierüber Auskunft durch den Herrn Staatskommissar.

Staatskommissar Kuchenbecker: Diese Vorgänge sind mir nicht bekannt. Ich kann mir auch kaum denken, daß das zutrifft. Wegen des Uniformverbots sind allgemein Anweisungen erteilt und auch ständig durchgeführt worden.

(Zuruf des Abg. Lorenz (KP): Herr Staatskommissar,ist ein schwarzes Hemd eine Uniform ?)

Vorsitzender: Damit sind wir am Ende der Beratung angelangt. Ich schließe die Sitzung. (13 Uhr).

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1111 A4 I